

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 12.05.2016

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld,
Löschabteilung Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 21:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Frau Pfaff Bezirksbürgermeisterin

CDU

Herr Kögler stellv. Bezirksbürgermeister
Herr Weigert

SPD

Herr Heimbeck Fraktionsvorsitzender
Frau Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Althoff
Herr Brunnert Fraktionsvorsitzender
Frau Metten-Raterink
Frau Osei

abwesend ab 21:19 Uhr, TOP 15.1

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

Entschuldigt fehlt:

Frau Gerdes (SPD)
Frau Herting (Bündnis 90/(Die Grünen))

Nicht anwesend:

Frau Maler (CDU)
Frau Thiel-Youssef (Die Linke)

Externe Gäste/Von der Verwaltung:

Herr Brewitt, brewittarchitektur

Herr Eweler, UWB

Frau Hennen, UWB
Frau Hollenberg, UWB
Herr Schelp, Amt für Verkehr

Frau Trüggelmann, Bezirksamt Brackwede
Frau Imkamp, Bezirksamt Brackwede

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksbürgermeisterin Pfaff begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen 17. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

Änderung der Tagesordnung

Da einige Berichterstatter zu den einzelnen Punkten termingebunden seien, ergeht auf Vorschlag von Frau Pfaff folgender

Beschluss:

Die Punkte 6, 7, 8 und 9 werden vorgezogen, sobald die Berichterstatter anwesend sind.

-einstimmig beschlossen-

Weitere Anregungen/Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Zu Punkt 1.1 Gehwegbreite Friedrich-List-Straße - Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfauftrag vom 18.02.2016

Beratung in der Sitzung vom 18.02.2016:

Die Bezirksvertretung hält übereinstimmend fest, dass die Fachverwaltung die tatsächlichen Maße überprüfen müsse und bittet um einen Bericht zum Sachstand in einer der nächsten Sitzungen.

Frau Trüggelmann verliest dazu folgende Stellungnahme des Amtes für Verkehr:

Die Gehwegbreite auf der Südseite betrage 2,36 m anstatt der geplanten 2,50 m. Die Bruttogehwegbreite setze sich aus folgenden Breiten zusammen:

0,15 m Bordstein incl. 3 cm Antritt, 2,03 m Plattenbreite (5 Reihen), 0,08 m Rasenkantenstein und 0,10 m Betonrückenstütze bis zur zukünftigen Grenze. Die Gehwegbreite sei etwas schmaler gewählt worden, damit man die 40x40 cm Gehwegplatten nicht auf den kompletten 200 m habschneiden müssen. Es sei seit Jahren Praxis, dass man vor Ort leicht von der Planung abweiche, um den Bauablauf zu optimieren.

Eine Erweiterung der Gehwegbreite auf sechs Reihen würde 2,76 m Breite entsprechen und erscheine für diesen Gehweg deutlich überdimensioniert. Der Regelgehweg sei bei einem Straßenausbau ca. 2,00 m breit (vier Plattenreihen). Des Weiteren seien durch diese

Änderung die Kosten um knapp 3.500 Euro reduziert worden.

Die kleine Änderung der Gehwegbreite sei damals eine Routineentscheidung während des Bauablaufs gewesen. Die Brisanz der Gehwegbreite werde nach wie vor nicht erkannt, da der Gehweg ausreichend breit sei. Wie bereits ausgeführt sei die Standardbreite bei Neuplanungen vier Platten plus Bordstein, Rasenkantenstein und Betonrückenstütze.

In der Fr.-List-Straße seien fünf Platten in einem Gehweg verlegt worden, an dem kein einziger Hauseingang sei. Die Entscheidung sei aus Gründen des effizienteren Bauablaufs gefällt worden und nicht aus Kostengründen. Die Einsparung sei ein positiver „Nebeneffekt“. Die Betonung liege auf „Neben“. Die Kosten des Gehwegs lägen bei rund 26.000 Euro brutto. Durch die Änderung genannte Änderung seien von dieser Summe ca. 3.500 brutto gespart worden, also eine Einsparung von ca. 13%.

Herr Brunnert merkt zu der Stellungnahme an, dass es ihm unklar sei, wie ein Gehweg auf dem Papier auf 2,50m Breite geplant werden könne, wenn auf der anderen Seite die durchschnittliche Gehwegplatten-Breite stets 40 cm entspreche. Es hätte bereits bei den Planungen auffallen müssen, dass die theoretischen Maße in der Praxis nur unter zusätzlichen Bedingungen (wie die aufgeführten Schneidarbeiten über eine Länge von 200m) hätten umgesetzt werden können.

Frau Pfaff führt an, dass sie das Amt für Verkehr nochmals gesondert auf die Schulweg-Problematik in diesem Bereich aufmerksam gemacht habe und hält fest, dass die jetzigen 2,36m Gehwegbreite nicht ausreichend seien.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Fragestunde

Joachim Scriba, Friedrich-List-Straße 1:

- 1. Herr Scriba weist darauf hin, dass am 21.05.2016 im Rahmen des Städtebaufördertags auch die neue Grünanlage Alte Radrennbahn am Bolbrinker eingeweiht werden solle und merkt in diesem Zusammenhang an, dass der Ablauf des neu angelegten Artesischen Brunnens mit Algen verstopft sei. Hier müsse kurzfristig Abhilfe geschaffen werden und eine dauerhafte Lösung gesucht werden, um dieses Problem zukünftig zu verhindern.*
- 2. Des Weiteren merkt Herr Scriba an, dass der neu angelegte Bürgersteig an der Ecke Bolbrinkersweg/Friedrich-List-Straße bereits kaputt gefahren worden sei. Er bittet um Weiterleitung dieser Beobachtung an das zuständige Fachamt, damit der Bordstein schnellstmöglich repariert werde.*

3. *Zudem habe er die Feststellung gemacht, dass die Querungshilfe, die in Höhe der Oetker-Einfahrt neu angelegt worden sei, keinesfalls barrierefrei sei. Der Bordstein sei nicht ausreichend abgesenkt. Herr Scriba bittet deshalb um Überprüfung.*

Frau Pfaff sichert zu, die von Herrn Scriba gemachten Beobachtungen an die zuständigen Fachverwaltungen weiterzuleiten.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils von Niederschriften

Zu Punkt 2.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 15. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 18.02.2016

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 15. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 18.02.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 16. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 17.03.2016

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 16. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 17.03.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Tischvorlagen:

- Bielefelder Stadtradeln (Schreiben vom Umweltamt vom 29.04.2016)
- 2. Tag der Städtebauförderung in Bielefeld am 21.05.2016 (Veranstaltungsprogramm des Bauamtes)

Frau Trüggelmann teilt mit:

Anmeldestart Gadderbaumer Ferienspiele 2016

Das Sportamt teile mit: Ab sofort seien Anmeldungen zu den Sportlichen Ferienspielen in Gadderbaum möglich. Diese würden auch in diesem Jahr in den letzten beiden Wochen der Sommerferien vom 08. bis zum 19. August 2016 stattfinden. Geboten würde von montags bis freitags (09:00-13:00 Uhr) ein buntes Programm mit Sport, Ausflügen, Spielen, einer Disco und einem Tagesausflug zum Ketteler Hof in Haltern. Treffpunkt sei morgens die Sporthalle im Sportpark Gadderbaum, An der Rehwiese 64.

Anmeldungen können in der Bürgerberatung Gadderbaum, Nazarethweg 7, 33617 Bielefeld und dieses Jahr erstmalig zusätzlich auch in der Bürgerberatung Brackwede, Germanenstr. 22, 33647 Bielefeld abgegeben werden.

Bei Fragen zu den Ferienspielen hilft das Sportamt, Frau Klemp (Tel.:0521/51-6270, brinja.klemp@bielefeld.de), gerne weiter. Weitere Informationen gibt es unter www.bielefeld.de/de/bz/gad/ferien/.

2. Tag der Städtebauförderung am 21.05.2016

Der UWB teile mit, dass die geplanten Info-Stelen und die Hochradrennfahrer-Skulptur in der Grünanlage Alte Radrennbahn am Bolbrinker aus verfahrenstechnischen Gründen bedauerlicherweise nicht mehr bis zum 21.05.2016 errichtet werden könnten.

Frau Pfaff teilt mit:

Neue Pfarrerin der Martinigemeinde

Nach einem halben Jahr der Suche habe sich das Presbyterium der Martinigemeinde nun für eine neue Pfarrerin entschieden: Frau Susanne Stöcker trete (vermutlich ab September 2016) die Nachfolge von Pfarrer Hans Große an.

Die Bezirksvertretung spricht sich für eine Einladung von Frau Stöcker in eine der letzten Sitzungen dieses Jahres aus.

Baumanpflanzungen in der Ortschaft Bethel

Frau Pfaff begrüßt die Neuanpflanzung von (Obst-)Bäumen innerhalb der Ortschaft Bethel, die als Ersatz für zahlreiche, notwendig gewordene, Baumfällungen vorgenommen worden seien. Sie berichtet darüber hinaus, dass die Bezirksvertretung im Bohnenbachtal einen „eigenen“ Baum pflanzen lassen könne.

Die Bezirksvertretung spricht sich mehrheitlich für diesen Vorschlag aus. In der nächsten Sitzung wird dann über die entsprechende Verwendung der bezirklichen Sondermittel beraten werden.

Frau Metten-Raterink teilt mit:

Sachstand Brüderfeierabendhaus

„Im Moment bewohnen ca. 10 ehemalige junge Männer aus Marokko und Algerien das Haus. Im April sind 14 neue Männer aus Syrien und dem Irak in das Brüderfeierabendhaus eingezogen. Das Alter der Männer bewegt sich nun zwischen 20 und 43 Jahre, wir haben also ein deutlich größeres Altersspektrum als bisher vor Ort. Viele der alten und neuen Bewohner kennen sich bereits aus früheren Unterkünften.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten, zwischen „neuen“ und „alten“ Bewohnern (die alten Bewohner hatten die Befürchtung, dass die neuen bevorzugt werden) ist im Moment die Stimmung nun wieder sehr gut.

Die Probleme traten auf, da die Männer aus Marokko und Algerien zunächst befürchteten, dass die Männer aus Syrien und dem Irak aufgrund ihrer Herkunftsländer und deren besserer Bleibeperspektive anders behandelt werden würden. Die Sozialarbeiterin Frau Fliege hat in Hausversammlungen und Einzelgesprächen versucht deutlich zu machen, dass sie und auch die anderen Beteiligten keine Unterschiede bei den Herkunftsländern mache und selbstverständlich für alle die gleichen Möglichkeiten innerhalb des Hauses geboten werden.

Mit dem Einzug der neuen Bewohner gibt es nun auch einen sehr breit gestreuten Bildungsstand im Haus: vom jungen Mann ohne schulische oder berufliche Ausbildung, bis zum Arzt ist nun alles vertreten. Jetzt sprechen schon viele Männer Englisch und übersetzen auch gerne für ihre Mitbewohner.

Kurzzeitig bewohnte ein psychisch sehr auffälliger junger Mann das Brüderfeierabendhaus, der durch seine „Streifzüge“ durch die Nachbarschaft auffiel. Des Öfteren rief er Streitigkeiten und sogar Schlägereien hervor. Dieser junge Mann ist aber verlegt worden, so dass nun wieder Ruhe eingekehrt ist.

Die ehrenamtliche Nachbarschaft gruppiert sich weiterhin regelmäßig einmal im Monat um die jungen Männer und bietet weiterhin täglich zwischen 17 und 18 Uhr Präsenzzeiten im Brüderfeierabendhaus an, die weiterhin positiv von den Männern wahrgenommen wird. Die Ausgabe von Spenden, wie z.B. Waschmittel, Toilettenpapier, Seife und anderen Dingen erfolgt nur noch ausschließlich in der Zeit, da das Wachpersonal neue Auflagen bekommen hat, die die Ausgabe von Spenden nicht mehr vorsieht. Der Bedarf an derlei Spenden ist weiterhin hoch, die Männer kommen aber inzwischen deutlich besser mit den Selbstversorger-Umständen im Haus zurecht, so dass sogar schon eine Essenseinladung für die Ehrenamtlichen von den jungen Männern erfolgte, die sehr gerne und dankbar aus der Nachbarschaft angenommen wurde.

Des Weiteren trifft sich die Nachbarschaft regelmäßig, um Neuigkeiten auszutauschen und weitere Maßnahmen zu planen. So steht nach einem gemeinsamen Ausflug zum Hermannsdenkmal nun z.B. ein gemeinsames nachbarschaftliches Grillen und gemeinsames Fußballgucken in der EM-Zeit im Raum.“

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Projekt: „Politische Partizipation im Stadtbezirk Gadderbaum“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3161/2014-2020

Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird gebeten, im Jahr 2017 mit der Sekundarschule der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel ein Projekt „Politische Partizipation im Stadtbezirk Gadderbaum“ für Jugendliche zu initiieren. Das Projekt soll eine gegenseitige Begleitung, sowohl der Erarbeitung durch die Jugendlichen, als auch der Arbeit der Bezirksvertretung beinhalten.

Herr Heimbeck begründet den Antrag seiner Fraktion und merkt an, dass der erste Satz des Beschlussvorschlags wie folgt umformuliert werden solle: *Die Bezirksvertretung Gadderbaum initiiert im Jahr 2017, möglichst mit der Sekundarschule der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel, ein Projekt „Politische Partizipation“.*

Übereinstimmend wird in der anschließenden Diskussion bei den übrigen Fraktionen und Einzelvertretern noch Beratungsbedarf bezüglich des Antrags gesehen, insbesondere wegen der folgenden Punkte:

- Das Engagement für ein solches Projekt sollte von der Schule ausgehen, und nicht von der Politik
- Es sollte im Vorfeld geklärt werden, ob ein grundsätzliches Interesse von Seiten der Sekundarschule überhaupt vorhanden sei
- Welche (bezirklichen) Themenfelder sollen in diesem Projekt bearbeitet werden? Sind diese von Relevanz für die Gadderbaumer Schülerinnen und Schüler?
- Sollte das Projekt zwingend im Jahr 2017 stattfinden? Die Nähe zur anstehenden Landtags- und Bundestagswahl wird teilweise als kritisch empfunden
- Partiiell wird auch argumentiert, dass die zeitliche Belastung für die ehrenamtlich tätigen Politikerinnen und Politiker eventuell zu hoch sein könnte

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

1. Die Beratung über den vorliegenden Antrag wird vertagt.
2. Im Vorfeld der nächsten Sitzung wird eine projektbezogene Sitzung „Politische Partizipation“ der Bezirksvertretung Gadderbaum initiiert, um über die mögliche Ausgestaltung eines solchen Projekts zu diskutieren.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 6

Planung eines Gnadenhofes am Quellenhof durch die Sentana-Stiftung - Bericht zum aktuellen Sachstand

Herr Brewitt, brewittarchitektur, erläutert die aktuellen Planungen der gemeinnützigen Sentana-Stiftung auf dem Gelände der ehemaligen Wildwarte am Quellenhof. Dort solle zukünftig ein Gnadenhof für Tiere errichtet werden. Hierunter sei eine „Auffangstation“ für alte, herrenlose und notleidende Tiere zu verstehen. Bei den Tieren handele es sich in erster Linie um Esel, Pferde, Ziegen, Schafe, Hunde und Kleintiere wie beispielsweise Kaninchen. Geplant sei die Errichtung von Ställen, Freilaufzonen, Unterständen, einem Café, einem kleineren Shop sowie einer Hundeschule und einer Hundepension. Zudem sei eine Dienstwohnung für die Leitung des Gnadenhofes vorgesehen. Trotz des Zieles, den Gnadenhof auch für Besucherinnen und Besucher zu öffnen und attraktiv zu gestalten, stehe im Vordergrund stets das Wohl der Tiere. Fraglich sei derzeit noch, ob das Hauptgebäude erhalten bleiben solle oder ob es abgerissen und zwei bis drei kleinere Häuser mit Erweiterungspotential neu gebaut würden. Diese Lösung wäre baurechtlich ebenfalls denkbar.

Die Finanzierung erfolge über reines Stiftungskapital, wobei Spenden weiterhin benötigt würden. Selbstverständlich sei das Projekt langfristig bzw. dauerhaft angelegt.

Mit einer Eröffnung des Gnadenhofes sei Mitte 2017 zu rechnen.

Herr Heimbeck merkt an, dass in seinen Augen durch die Errichtung eines Gnadenhofes eine zusätzliche Struktur geschaffen werde, um den „Haustier-Konsum“ zu fördern. Dadurch würde es Tierhaltern sehr leicht gemacht, kranke oder unliebsame Tiere „abzugeben“.

Herr Brewitt merkt dazu an, dass keine Konkurrenz zum Tierheim geschaffen werden solle. Es sei beispielsweise keine Vermittlung von Tieren vorgesehen. Zudem liege der Fokus auch nicht in der Beherbergung von allzu vielen Haustieren.

Herr Brunnert spricht sich für die Zusammenarbeit mit den v. B. S. Bethel aus und für die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung bei dem vorgestellten Projekt.

Frau Pfaff erkundigt sich in diesem Zusammenhang näher nach möglichen Patenschaften, die für die Tiere übernommen werden könnten und inwiefern ehrenamtliche Unterstützung benötigt würde.

Herr Brewitt begrüßt die geäußerten Vorschläge und weist darauf hin, dass Ideen stets willkommen seien.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7

Friedhofsbedarfsplanung und Kapellenkonzept

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3012/2014-2020

Frau Hennen und Herr Eweler, beide UWB, stellen die städtische Friedhofsbedarfsplanung und das dazugehörige Kapellenkonzept vor (*Anmerkung der Schriftführerin: Diese sind als Anlage im elektronischen Informationssystem der Stadt Bielefeld zu diesem Punkt hinterlegt*). Für den Stadtbezirk Gadderbaum stünden insbesondere der Pellafriedhof und der Johannisfriedhof im Zentrum der Überlegungen: Für den Pellafriedhof sei angedacht, zwei Grünflächen mit einer Gesamtgröße von 548 qm außer Dienst zu stellen und die Neuvergabe von Nutzungsrechten einzustellen. Bestehende Nutzungsrechte könnten –entgegen der Berichterstattung in der Tageszeitung- aber weiterhin beliebig verlängert werden. Zudem sei geplant, die Kapelle auf dem Friedhof außer Dienst zu stellen und abzureißen, da eine mögliche Sanierung in keinerlei Verhältnis zur derzeitigen Nutzung und den notwendigen Sanierungskosten i. H. v. 420.000 Euro stünde. Für den Johannisfriedhof werde empfohlen, zwei Flächen (u. a. Arboretum) mit einer Gesamtgröße von ca. 2,3 ha außer Dienst zu stellen. Die dortige Kapelle hingegen solle erhalten und weiter entwickelt werden, ggf. könne sie auch als Ausweichangebot für Bestattungen auf dem Pellafriedhof genutzt werden.

In der anschließenden Diskussion wird angemerkt, dass die außerdienstzustellenden Grünflächen weiterhin gepflegt werden müssten, so dass hier keine nennenswerten Einsparungen zu erwarten seien. Die Aufwendungen würden lediglich einer anderen Abteilung im UWB zugeordnet.

Darüber hinaus wird sich für einen zusätzlichen Lärmschutz in der Kapelle auf dem Johannisfriedhof ausgesprochen, da die Immissionen, die vom Ostwestfalendamm ausgingen, unerträglich laut seien.

(Anmerkung der Schriftführerin: Auf die Nachfrage, ob Bestattungen

generell auch auf den beiden privaten Friedhöfen Gadderbaumer Friedhof und Zionsfriedhof Bethel möglich seien, teilt der UWB nachträglich mit, dass es dort keine Einschränkungen gebe. Die genannten Friedhöfe stünden allen Bielefelderinnen und Bielefeldern zur Verfügung.)

Zum weiteren Vorgehen merkt Herr Eweler an, dass die letztlich vom Rat der Stadt Bielefeld beschlossenen Änderungen zur Friedhofsplanung in Form einer Satzung umgesetzt würden.

Herr Brunnert stellt schließlich folgenden Antrag:

Ziffer 5.4.4 „Kapelle Johannisfriedhof (BV Gadderbaum)“ auf S. 9 der Beschlussvorlage wird wie folgt geändert: Die Kapelle auf dem denkmalgeschützten Johannisfriedhof soll weiter entwickelt werden. Auch die Nutzungszahlen des Friedhofs und somit der Kapelle sollten gesteigert werden. Außerdem könnte die Kapelle als Ausweichangebot für Bestattungen auf dem Pellafriedhof genutzt werden.

Sodann ergeht folgender, vom ursprünglichen Beschlusstext abweichender,

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt -mit der von Herrn Brunnert geäußerten Maßgabe zu Ziffer 5.4.4 der Beschlussvorlage- für ihren Zuständigkeitsbereich, dem Rat das beigefügte Konzept zur Friedhofsbedarfsplanung und das vorgelegte Kapellenkonzept für die künftige Bewirtschaftung der kommunalen Friedhöfe zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Abwasserbeseitigungskonzept 2016 gem. § 53 Landeswassergesetz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2885/2014-2020

Frau Hollenberg, UWB, führt anhand einer Präsentation in die Vorlage ein und stellt das Abwasserbeseitigungskonzept näher vor. In Gadderbaum seien insbesondere hydraulische Maßnahmen geplant, die nun baulich umgesetzt würden.

Herr Witte erkundigt sich, warum noch nicht alle Maßnahmen, die für die Vorjahre geplant gewesen seien, umgesetzt werden konnten. Unabhängig davon fragt er nach der Finanzierung der Investitionen.

Frau Hollenberg führt dazu u. a. die Jubiläumsfeierlichkeiten der Stadt Bielefeld im Jahr 2014 an, da während dieser Zeit keine Arbeiten in der Innenstadt möglich gewesen seien, zudem habe es innerhalb des Umweltbetriebes einige personelle Veränderungen gegeben. Darüber hinaus sei man immer auch abhängig von den anderen Versorgungsträgern.

Zu der Finanzierung erklärt Frau Hollenberg, dass der gesamte Bereich zu 100 % gebührenfinanziert sei. Der UWB sei in diesem Zusammenhang stets bemüht eine Gebührenstabilität herbeizuführen.

Herr Brunnert merkt an, dass sich die projektbezogenen Sitzungen der Bezirksvertretung in Bezug auf die vorzunehmenden Priorisierungen bei geplanten Arbeiten am Gadderbaumer Kanalnetz stets bewährt hätten.

Herr Heimbeck äußert in Bezug auf die Zustands- und Funktionsprüfung von Hausanschlussleitungen (S. 33 des Abwasserbeseitigungskonzeptes) sein Unverständnis und unterstreicht, dass die gesetzlich getroffene Regelung in seinen Augen unverhältnismäßig sei. Aus diesem Grunde werde sich die SPD bei der Abstimmung enthalten.

Frau Hollenberg unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass zumindest der UWB seinen Verpflichtungen bereits nachgekommen sei und alle betroffenen Kanäle bis zum 31.12.2015 habe überprüfen lassen.

Anschließend stellt Frau Pfaff die Vorlage zur Abstimmung und es ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt, soweit es den Stadtbezirk betrifft, dem Rat der Stadt Bielefeld wie folgt zu beschließen:

Dem Abwasserbeseitigungskonzept 2016 der Stadt Bielefeld (ABK 2016) wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, das ABK 2016 der Bezirksregierung Detmold als zuständige Behörde vorzulegen.

- einstimmig bei 2 Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Vorstellung des Landesprojektes "Mehr FreiRaum für Kinder" am Beispiel der Martinschule

Herr Schelp, Amt für Verkehr, stellt das Landesprojekt „Mehr FreiRaum für Kinder“ am Beispiel der Martinschule vor (*Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist als Anlage im elektronischen Informationssystem der Stadt Bielefeld zu diesem Punkt hinterlegt*). Die Kampagne habe als

grundsätzliches Ziel, die eigenständige Mobilität von Kindern als Grundbedingung für die sichere Teilnahme am Verkehr zu fördern. Kinder, die sich selbstständig in ihrem Quartier bewegen könnten, stärkten ihre Bewegungskompetenzen und würden gesund aufwachsen. Viele Kinder wünschten sich zudem mehr Autonomie in Bezug auf die Zurücklegung ihres Schulweges. Als offensichtliche Gefahrenquellen im Bereich der Gadderbaumer Schulen nennt Herr Schelp in erster Linie die Punkte „Querung der Artur-Ladebeck-Straße“ und „Schulweg entlang der Friedrich-List-Straße“. Man könnte hier z. B. andenken, die neu gestaltete Grünanlage am Bolbrinker mit in die Schulwegplanungen einzubeziehen. Im Zusammenhang mit der erfolgten Ortsbegehung in der vergangenen Woche sei insbesondere in Bezug auf das starke Verkehrsaufkommen bei den Schulen an der Kükenshove über eine mögliche Einrichtung von Elternhaltestellen als Teil einer Lösung gesprochen worden.

Herr Schelp weist darüber hinaus darauf hin, dass man an der Recycling-Börse an der Blomestraße nicht mehr benötigte Fahrräder abgeben könnte. Für je drei alte Fahrräder werde ein neues Fahrrad für beteiligte Kooperationsschulen gespendet, was im Rahmen des aktiven Unterrichtes genutzt werden könne.

In der anschließenden Diskussion geht es insbesondere um die Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit einer vorgezogenen Radfahrprüfung bereits für Drittklässler, eventuelle Möglichkeiten, den Schulweg ggf. per Roller zurückzulegen sowie eine Einbeziehung der Eltern bei den zukünftigen Planungen.

Abschließend befürwortet die Bezirksvertretung das vorgestellte Projekt und stuft insbesondere die von Herrn Schelp angesprochenen Punkte auf dem Schulweg als sehr gefährdend ein. Deshalb ergeht auf übereinstimmenden Antrag folgender

Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Fachverwaltung zusammen mit den in Gadderbaum ansässigen Schulen eine Schulweganalyse durchzuführen, die als Grundlage für eine mögliche Einrichtung von Elternhaltestellen dienen soll.**
- 2. Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Fachverwaltung Lösungsmöglichkeiten zu entwerfen, die die Durchlässigkeit des Schulweges vom Haller Weg in Richtung Bethel optimieren sollen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 10.1 Einsatz der städtischen Verkehrsdisplays

Frau Trüggelmann verliest folgende Mitteilung:

Das Ordnungsamt sei seit Kurzem wieder in der Lage, die Displays einzusetzen. Die Einsatzwünsche der Bezirksvertretung Gadderbaum würden nun mit hoher Priorität abgearbeitet. Damit sei bereits Ende März begonnen worden. Nach derzeitigem Stand sei man zuversichtlich, dass alle Einsatzstellen in Gadderbaum innerhalb des ersten Halbjahrs vollständig bedient werden können.

Herr Brunnert merkt an, dass der Einsatzstandort des Displays im Johannistal derzeit zwischen dem Tierpark Olderdissen und dem Beginn der Wohnbebauung im Johannistal liege. Die Bezirksvertretung habe sich allerdings für einen Einsatz in Höhe der Kindertagesstätte „Villa Kunterbunt“ ausgesprochen, da die meisten Verkehrsteilnehmer hier mit überhöhter Geschwindigkeit fahren würden. Er bittet darum, auch diesen Standort mit einzubeziehen.

Frau Schneider merkt an, dass beim Display, das momentan am Eggeweg hänge, vermutlich der Akku ausgefallen sei. Zumindest würde es keine Messungen mehr vornehmen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10.2 Erste Erfahrungen nach Umsetzung des neuen Öffnungszeitenmodells in den Bürgerberatungen

Frau Trüggelmann verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Bürgeramtes.

Diese laute:

„In verschiedenen Bezirksvertretungen sind Beschlüsse gefasst worden, die Fragen zu den ersten Erfahrungen nach Umsetzung des neuen Öffnungszeitenmodells insbesondere in Bezug auf die kleinen Filialen in Brake, Dornberg, Gadderbaum, Hillegossen und Schildesche beinhalten.“

Eine abschließende Beantwortung der Fragen ist erst nach Durchführung der nach einem Jahr geplanten Evaluation möglich. Eine Berichterstattung kann daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgen. Zu den aufgeworfenen Fragestellungen können folgende aktuelle Informationen gegeben werden:

- Welche Wartezeiten sind für die Kunden angefallen?
Wie lange ist die mittlere Wartezeit an anderen Standorten?
Eine Auswertung von Wartezeiten ist in Filialen ohne Nummernaufrufsystem nicht möglich. Es können daher statistisch belastbare Aussagen nur für die Bürgerberatung Mitte getroffen werden. Dort betrug die mittlere Wartezeit im Monat Februar 39
M i n u t e n .

Eine verlässliche und planbare Wartezeit ist in Filialen, die mit nur

einer Person besetzt sind, nicht zu erreichen. Die Wartezeit hängt immer von der Situation ab. Wenn gerade ein Kunde bedient wird, der ein längeres Anliegen hat, dann ist es unvermeidbar, dass der nachfolgende Kunde entsprechend lange wartet. Das war bereits in der Vergangenheit systembedingt so und hat sich nicht verändert. Ein Zusammenhang mit den Öffnungszeiten besteht nicht.

- An wie vielen Tagen musste die Nebenstelle über 12 Uhr hinaus geöffnet bleiben, um alle Besucher zu bedienen?

Das ist seit Inbetriebnahme der Filialen nahezu täglich der Fall. Jeder Kunde, der bis 12 Uhr kommt, wird bedient. Im Regelfall ist es so, dass spätestens um 12.30 Uhr die letzten Kundinnen und Kunden bedient sind. Auch vor Änderung der Öffnungszeiten gab es regelmäßig Bedienzeiten bis 12.30 Uhr. Die Servicequalität hat sich nicht verändert. Die Aussage gilt für alle kleineren Bürgerberatungsfilialen.

In Einzelfällen ist in den ersten Monaten des Jahres festzustellen, dass das Bedienen der Kunden bis rund 60 Minuten über die Öffnungszeiten hinaus dauert. In den letzten Wochen ist allerdings ein Rückgang dieser Ausnahmefälle und ein Trend zu einer Normalisierung festzustellen. Die Situation wird im Rahmen der Evaluierung untersucht.

- Wie viele Überstunden sind dabei angefallen?

Alle Kundinnen und Kunden, die innerhalb der Öffnungszeiten kommen, werden abschließend bedient. Es ist daher von vorneherein berücksichtigt, dass auch über die eigentlichen Öffnungszeiten hinaus, eine Bedienung von Publikum stattfindet. Überstunden sind daher nicht angefallen.

- Welche Besucherfrequenzen gab es in den ersten drei Monaten?

Aufgrund der fehlenden Technik (siehe Antwort zur ersten Frage) können diese Angaben nicht automatisiert erstellt werden. Im Rahmen der Organisationsuntersuchung sind durch eine manuelle Erfassung für einen begrenzten Zeitraum entsprechende Zahlen erhoben worden, die dann auf einen kompletten Jahreszeitraum hochgerechnet wurden. Eine Evaluation ist diesbezüglich nach einem Jahr geplant.

Zur Klarstellung hier nochmals der Hinweis:

Die Veränderungen der Öffnungszeiten sind aus Gründen der Haushaltskonsolidierung erfolgt und nicht aus Gründen einer schlechten oder unzureichenden Auslastung. Die Besucherfrequenzen waren daher nicht ausschlaggebend für die Umsetzung des neuen Öffnungszeitenmodells.

- Gibt es Erfahrungswerte, wie viele Kundinnen und Kunden auf andere Bürgerberatungsstellen ausgewichen sind?

Nein, solche Erfahrungswerte gibt es bislang nicht. Es liegt aber auf der Hand, dass bei Öffnungszeitenänderungen ein Ausweichen notwendig wird. Im Rahmen der

Organisationsuntersuchung wurde die nachfolgende Prognose aufgestellt, wie sich die Besucherströme im Falle einer vollständigen Schließung verteilen könnten:

Filiale	Verteilung
Brake	je ein Drittel Heepen, Jöllenbeck, Mitte
Dornberg	75% Mitte, 25% Jöllenbeck
Gadderbaum	75% Mitte, 25% Brackwede
Hillegossen	je 45% Heepen und Mitte, 10% Sennestadt
Schildesche	75% Mitte, 15% Jöllenbeck, 10% Heepen

Im Laufe des Projekts wurde von der Schließung abgesehen. Die Prozentsätze können daher nur zur Orientierung dienen. Im Rahmen der Evaluation wird diese Fragestellung genauer betrachtet werden.

- Welche Bürgerreaktionen sind auf Grund der verkürzten Öffnungszeiten bekannt geworden?

Es hat vereinzelte Beschwerden im Büro des Oberbürgermeisters gegeben.

- Welche erkennbaren Einsparungen haben sich im ersten Vierteljahr ergeben?

Die in der Informationsvorlage vom vergangenen Herbst genannten Einsparpotentiale sind erschlossen worden. Dies sind 175.500 Euro an jährlichem Personalaufwand insgesamt. Bezogen auf die Veränderung der Öffnungszeiten wird ein Einsparbetrag von 36.000 Euro pro Jahr erzielt.

- Wie lange sind die aktuellen Nachmittags-Wartezeiten in der Bürgerberatung Mitte? – Inwiefern macht sich die in den Filialen ersatzlos gestrichene Öffnungszeit am Donnerstagnachmittag bemerkbar?

Anfang des Jahres, insbesondere im Januar, hat es in der Bürgerberatung Mitte vorwiegend montags und dienstags zwischen 10 und 14 Uhr lange Wartezeiten von teilweise bis zu 1,5 Stunden und in einzelnen Fällen auch darüber hinaus gegeben. Ein Grund für diese an einzelnen Tagen besonders langen Wartezeiten ist die Tatsache, dass trotz vorübergehenden Zuweisungsstopps noch immer viele Flüchtlinge melderechtlich zu erfassen sind, die sich teilweise schon seit etlichen Wochen in Bielefeld aufhalten. Hinzu kommt eine angespannte Personalsituation durch Langzeiterkrankungen und Vakanzen. Eine personelle Verstärkung durch die Wiederbesetzung vakanter Stellen ist allerdings absehbar. 1,8 Stellen werden kurzfristig im April besetzt. 2,4 weitere Stellen sind aktuell zur Wiederbesetzung

ausgeschrieben. Mit der Umsetzung dieser personalwirtschaftlichen Maßnahmen wird sich die Situation voraussichtlich verbessern. Mit Wiedereinzug in die renovierten Räume im Rathaus sind darüber hinaus weitergehende Maßnahmen wie der Einsatz von Selbstbedienungsterminals und das Angebot von Terminvereinbarungen geplant.

Die Nachmittags-Wartezeiten liegen im Wochendurchschnitt zwischen 26 und maximal 50 Minuten. An Donnerstagen ist keine der kleineren Bürgerberatungsfilialen geöffnet. An diesen Tagen wird das Personal in den größeren Filialen und am Standort Mitte konzentriert eingesetzt, um hier zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger längere Wartezeiten zu vermeiden. Dieses Konzept ist bislang voll aufgegangen. Am Donnerstag liegen die aktuellen Wartezeiten in Mitte ganztägig zwischen 4 und maximal 50 Minuten, im Durchschnitt bei 28 Minuten und das trotz eines weitaus höheren Kundenaufkommens als an den übrigen Wochentagen. Unabhängig davon besteht das Ziel, diese Wartezeiten weiter zu reduzieren. Mit den oben beschriebenen Maßnahmen soll dies erreicht werden.“

Die Bezirksvertretung äußert sich weiterhin kritisch über die drastische Verkürzung der Öffnungszeiten in Gadderbaum und hält insbesondere fest, dass zumindest die Öffnungszeiten der Gadderbaumer Filiale sehr arbeitnehmerunfreundlich seien und dass darüber hinaus dringend die Wartezeiten für Kundinnen und Kunden verkürzt werden müssten. Zudem wird in Bezug auf die anstehende Evaluation nach einem Jahr darum gebeten, dass diese aussagekräftig und belastbar sein müsse.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10.3 Finanzierung der Sanierung des Freibades Gadderbaum

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung vom 17.03.2016:

Herr Witte zeigt sich leicht irritiert, weil ihm nicht klar sei, wie die Sanierung des Freibades trotz ursprünglich fehlender Finanzierungsmöglichkeiten in Höhe von ca. 1 Mio. Euro durchgeführt werden könne. In diesem Zusammenhang bittet er die Fachverwaltung bzw. die BBF GmbH um nähere Informationen bezüglich der Finanzen zur nächsten Sitzung.

Frau Trüggelmann verweist diesbezüglich auf das Schreiben des Amtes für Finanzen und Beteiligungen vom 18.04.2016, das den Mitgliedern der Bezirksvertretung mitsamt dem dazugehörigen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses vom 03.03.2016 mit den Sitzungsunterlagen zugesandt worden sei. Darin heiße es:

„Text der Anfrage:

In der Ratssitzung vom 25.06.2015 konnte Herr Stadtkämmerer Löseke

die Anfrage der BfB-Fraktion vom 17.06.2015 (DS-Nr. 1721/2014-2020) aufgrund der noch nicht erfolgten Aufstellung des Haushaltes 2016 nicht beantworten. Es erfolgte ein Kenntnisnahme. Auch in der vergangenen Sitzung der BV Gadderbaum vom 18.02.2016 konnte hierzu keine befriedigende Antwort gegeben werden.

Daher stellt die BfB-Fraktion folgende Anfrage:

Aus welchen Mitteln wird der finanzielle Mehrbedarf des Freibades Gadderbaum von 1 Mio. € abschließend finanziert?

Zusatzfrage 1: Welche Maßnahmen müssen zur Finanzierung dieses Betrages verschoben werden oder können erst gar nicht begonnen werden?

Zur Beantwortung der Anfrage verweist Herr Oberbürgermeister Clausen auf die Beratung und Beschlussfassung zu TOP 23 der letzten Sitzung auf der Grundlage der Beschlussvorlage Drucksachen-Nr. 2608/2014-2020. Am Ende der entsprechenden Vorlage werde ergänzend folgende Erläuterung gegeben: „Für die Sanierung des Freibades Gadderbaum sollen gemäß Beschluss des Rates vom 23.04.2015 (Drucksache 1334/2014-2020/1) insgesamt 3,4 Mio. € an städtischen Mitteln bereitgestellt werden. Die Stadt hat diese Mittel in der Haushaltsplanung 2014 mit 1,0 Mio. €, in 2015 mit 1,3 Mio. € sowie in 2016 mit 1,0 Mio. € als Investitionskostenzuschuss berücksichtigt.“ Mit diesem Hinweis dürfte die Anfrage aus seiner Sicht beantwortet sein.

Zur Zusatzfrage führt Herr Oberbürgermeister Clausen aus, dass die Verwaltung aufgrund des für sie bindenden Ratsbeschlusses zur Finanzierung des Freibades Gadderbaum bereits bei Aufstellung des Verwaltungsentwurfs die entsprechenden Mittel eingeplant habe. Es sei keine hypothetische Planung vorab (ohne Mittel für das Freibad Gadderbaum) aufgestellt worden, so dass die Zusatzfrage in der gestellten Form nicht beantwortet werden könne.

Frau Becker betont, dass entgegen mehrfacher Zusagen nach wie vor unklar sei, aus welchen Mitteln der Mehrbedarf von 1 Mio. € finanziert worden sei. Insofern sei die Antwort unbefriedigend.

Herr Oberbürgermeister Clausen erklärt, dass die zur Sanierung des Bades benötigten Mittel aus allgemeinen Deckungsmitteln bzw. aus Krediten finanziert würden. Es gebe keine gesondert darzustellende Finanzierung für die in Rede stehende Investition. Insofern könne auch kein kausaler Zusammenhang zwischen den Investitionsvorhaben, die die Stadt vor sich herschiebe, und der Sanierung des Freibades Gadderbaum hergestellt werden.“

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Alle Arbeiten bezüglich der Sanierung würden weiterhin im Zeitplan liegen; aktuell sei insbesondere der Landschaftsbau tätig. Die große Liegewiese auf der Seite des Sprungturmes sei eingesät und das erste Rasengrün sei zu sehen. Inwieweit der junge Rasen der Belastung durch Badegäste standhalten werde, sei zum jetzigen Zeitpunkt leider noch nicht abschätzbar.

Täglich gebe es sichtbare Fortschritte an der Gestaltung der Außenfassade oder beim Ausbau der Sanitäranlagen. Jetzt stehe noch die Ebnung der Liegewiese vor den Sanitäranlagen an und damit dann auch die Neuanlage des Beachvolleyballfeldes. Es bleibe dabei, dass diese Sportanlage vom Förderverein zu finanzieren sei. Es sei ein Antrag auf Fördermittel aus den Mitteln der Sportpauschale des Landes NRW gestellt worden. Der Förderverein habe darüber hinaus Anträge auf Gelder aus der Bielefelder Bürgerstiftung und der Ida und Richard Kaselowsky-Stiftung gestellt. Von der Bürgerstiftung gebe es noch keine Antwort. Die Kaselowsky-Stiftung habe einen Zuschuss bedauerlicherweise abgelehnt.

Das Freibad werde wie geplant am 03.07.2016 eröffnen. Entsprechende Flyer und Plakate werden zeitnah darauf hinweisen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-